

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Joachim Krüger (CDU)

vom 06. Dezember 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 07. Dezember 2012) und **Antwort**

Aktueller Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Regelung von Partizipation und Integration in den Bezirken

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen Berliner Bezirken gibt es mit Stand Dezember 2012 noch keinen bezirklichen Integrationsausschuss der BVV?

2. Was ist - nach Kenntnisstand des Senats - die Begründung für dieses Verhalten und wann ist mit der Bildung der restlichen Ausschüsse zu rechnen?

Zu 1. und 2.: In allen Bezirken haben die Bezirksverordnetenversammlungen Integrationsausschüsse eingerichtet. Insofern entfällt Frage 2.

3. Was sind die Ursachen dafür, dass die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick keine Angaben über die Umsetzung des PartIntG anlässlich der aktuellen Berichterstattung durch die Senatsabteilung ArbIntFrau gemacht haben?

4. Kann (ggf. wann?) mit einer Nachberichterstattung gerechnet werden oder nimmt der Senat diesen Tatbestand so hin?

Zu 3. und 4.: Der Senat hatte alle Bezirke zur Berichterstattung aufgefordert und setzt sich in weiteren Verhandlungen mit den betreffenden Bezirksämtern für ihre Beteiligung bei den Folgeberichten ein. Die Ursachen für die nur teilweise Berichterstattung im ersten Bericht gehen auf die kurze Frist seit Verabschiedung des Gesetzes zurück. Zuvor hatte es keine einheitlichen Vorgaben an die Bezirke gegeben, so dass die einzelnen Verwaltungen bezüglich der interkulturellen Öffnung einen unterschiedlichen Umsetzungsstand hatten. Daraus folgend hatten die Bezirksämter auch in Bezug auf die Dokumentation von Maßnahmen unterschiedliche Ausgangslagen.

Es ist ein Verdienst des Gesetzes, in dieser Hinsicht Einheitlichkeit in Berlin zu schaffen und Verfahren von Partizipation und interkultureller Öffnung allen Verwaltungen als relevante Querschnittsziele vorzugeben. Insofern geht der Senat von einer Beteiligung aller Bezirke zum Termin der nächsten Berichterstattung gemäß § 8 Partizipations- und Integrationsgesetz aus.

Berlin, den 16. Januar 2013

In Vertretung

Farhad Dilmaghani

Senatsverwaltung für Arbeit,
Integration und Frauen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Jan. 2013)